

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
 Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Druck und Verlag der E. Weich'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Weisenburg.

Die einseitige Postge-
bühren vom Konto 25 -
Reklame-Zelle 80 -
Postkonto-Angaben für
Pres. Schulz. Offert
und Ausnahmestellung
20 - f. Bei größeren
Aufträgen Rabatt, der
im Falle des Wechsel-
schens hinfällig wird,
ebenso wenn Zahlung
nicht innerhalb 8 Tagen
nach Rechnungsdatum
erfolgt. Bei Vorbe-
rungen treten sofort alle
früher Verbindungen
außer Kraft.
Gerichtsland für beide
Teile: Rendsburg.
Für tel. Kultur wird keine
Gewähr übernommen.

48 87.

Dienstag den 16. April 1929.

Die beröfentlichten heute und in einer der nächſten Nummern von geſchätzter Seite zwei Artikel, die im Hinblick auf die zurzeit stattfindenden Reparationsverhandlungen in Paris ſehr bedeutungsvoll ſind, denn mit dem Fall des § 231 des Verſailles Vertrags betreffend die Kleinfürſtendoms Deutschlands am Weſtgränze müßten naturgemäß auch die Reparationsanforderungen, die uns wirtschaftlich erdrücken, eine Linderung erfahren.

(Schriftleitung.)

Wie erst nach in den Vereinigten Staaten den Kampf gegen die Rüge von der deutschen Kriegsschuld nimmt, möge eine Auseinandersetzung in dem Weltblatt „Chicago Tribune“ illustrieren. Bekanntlich hat der Senator Shiphead von Minnesota im amerikanischen Kongreß eine Resolution gegen die Rüge von der Allerschuld Deutschlands am Krieg eingebracht. Das war der ganz in englischen und französischen Tagesblätter feststehende „Chicago Tribune“ demnach versetzt sie auf die Ansicht, daß zwar Deutschland Sympathien verdiene und ungerochter Weise der allseitigen Kriegsschuld verächtigt werde, aber Amerika sei an dem Versailler Frieden ganz unbeteiligt, der sei lediglich eine Zusage der Alliierten und weder Senator Shiphead im Besonderen noch Amerika im Allgemeinen habe auch nur die geringste Verantwortung, seine Rolle in diese Frage hineinzuweisen.“ Der „Chicagoer Bürgerzeitung“ nennt dies kurz und bündig eine selbe und würdelose Verleugnung einer Verantwortung, die Amerika nicht minder schwer zu tragen habe als die Alliierten. Ausführlich widerlegt in einer Zuschrift an die „Chicago Tribune“ der frühere amerikanische Generalkonsul in Wien, L. St. John Gaffrey, deren Gründe: Der kürzlich verstorbene R. Lansing betont die unbedingte Notwendigkeit einer weiteren Zeitverstrich die von der Schiffbruch-Resolution verlangte Untersuchung über die Kriegsschuldfrage anzustellen. Denn Lansing war der Vorsitzende jener parteiischen Rüstung-Kommission, durch die Deutschland und seinen Verbündeten die Allerschuld am Kriege aufgebürdet wurde. Natürlicherweise wäre Lansing in der vorgeschlagenen Untersuchung der wichtigste Zeuge gewesen. Die Mitverantwortlichkeit der amerikanischen Regierung an dem Schuldbruch gegen Deutschland resultiert aus der Tatsache, daß Lansing und Scott von Präsident Wilson als die amerikanischen Mitglieder jenes Ausschusses ernannt wurden. Lansing war auch bevollmächtigter Vertreter Amerikas bei den Friedensverhandlungen und Scott war Sachverständiger der amerikanischen Regierung auf der Friedenskonferenz, so daß über ihre offizielle Eigenschaft kein Zweifel aufkommen kann. Gewiß hat unsere Regierung aus guten Gründen den Versailler Vertrag nicht ratifiziert, aber sie hat durch den Berliner Vertrag vom 11. November 1921 Friedensvertrag mit Deutschland Deutschlands Kriegsschuld bestätigt. Die Enthaltungen der letzten Jahre haben Aufklärungen darüber gebracht, daß die amerikanischen Delegierten sich ganz besonders um die Derbeseitigung des Schuldbruchs bemüht und daß sie den Vertrag des 11. Ausschusses antworten haben sollen. Heute wird eingeworfen, daß der Schuldbruch sich auf ungenügendes Beweismaterial stütze, auf Unterdrückung der Wahrheit, auf falsche Zeugnisaussagen, auf teilweise betrügerische und gefälschte Dokumente und von allen heraufgerufenen Historikern widerrufen. Lansing wurde zu Begehren wiederholt aufgefordert im Richte des neuen Beweismaterials seine Beteiligung an Schuldbruch zu rechtfertigen, aber er hat geschwiegen. Sein Kollege Scott ist jedoch noch am Leben und könnte vor dem Beweisausschuß für auswärtige Angelegenheiten vernommen werden. Es wäre geradezu eine Katastrophe, wenn Dr. Scott ebenfalls vom Tode aberufen oder durch Krankheit vernommen ungeschwähig würde. Vor einigen Monaten richteten die Professoren der Universität Heidelberg die Anfrage an ihn, ob er angesichts des neuen Beweismaterials an der selbst von ihm ausgesprochenen Auffassung von der Schuld Deutschlands festhalte. Er antwortete, daß er damals Vertreter der amerikanischen Meinung war und daß er seinen Spruch nicht zurückziehen und fortzulegen könnte, solange die amerikanische Regierung in der Haltung in dieser Frage andere. Er weist also die Entscheidung direkt der amer. Regierung zu, die allerschuld nicht unter dem Einbruch der Wägen der Oberfläche und der Gewissens steht, von denen die Wilson'sche Administration befreit wurde. Seine Antwort beweist jedoch, wie dringlich notwendig es im Interesse des Rechts, der Gerechtigkeit und der historischen Wahrheit ist, daß der einzig lebende amerikanische Teilnehmer jenes Gerichtshofes von unserem Senat einstweilen vernommen werden muß, so lange er noch am Leben ist. Er ist der einzige vom Rüstungsausschuß, der amerikanischen Justizkommission unterstellt. Kamdass amerikanische Historiker: Professor Fay und Professor Beard weisen die Belastung Deutschlands mit der Allerschuld am Kriege als eine Unwahrheit und Ungerechtigkeit zurück; mit ihnen angeschlossen Geschichtsforscher der Alliierten: Kennedy, Fabyer, Cune, Woodhouse. Der Schuldbruch der alliierten Beteiligten, bei dem Lansing und Scott eine so hervorragende Rolle spielten und seine vernünftige Wirkung auf den Weltzustand der früheren kriegsführenden Völker haben, wird irgend eine andere Ursache dazu beizutragen, daß und Wiederrückstellung im Leben zu erhalten. Eine wahre Verständigung zwischen den Völkern ist nicht möglich, solange dieser Schuldbruch nicht widerrufen und der Artikel XI aus dem Versailler Vertrag nicht ausgemerzt ist.“

Soll der Landtag rechtmäßige Handlungen vornehmen?

Stuttgart, 15. April. Zur Entscheidung des Staatsgerichtshofs vom 22. März 1899 schreibt die Volkrecht-Partei: Der Schwabische Merkur berichtet, daß in der Begründung des Staatsgerichtshofs zu dem sachlichen Urteil ausdrücklich festgestellt wurde, daß dem sachlichen Landtag vom Tage der Urteilsverkündung ab (22. März) die Stellung eines Landtags nicht mehr zukomme und daß etwaige weitere Handlungen, die er vornehme, ohne rechtliche Bedeutung seien. Daran knüpft der Schwab. Merkur die Bemerkung, daß auch die Zusammenlegung des württembergischen Landtags nach der am 22. März erfolgten Entscheidung des Staatsgerichtshofs unmöglich sei und eine weitere Arbeit in dieser Zusammenlegung unmöglich sei. Dies ist nach unserer Kenntnis und Auffassung der Sachlage durchaus richtig. Es ist deshalb fraglich, ob der am Dienstag, den 16. April, zusammen tretende Landtag in einer bisherigen Zusammenlegung überhaupt noch irgendwelche rechtsgültige Handlungen vornehmen kann. Man wollte in Württemberg zunächst die Jussellung der Begründung abwarten. Diese ist, wie wir erfahren haben, fertiggestellt und bedarf nur noch der Unterszeichnung durch die an verschiedenen Plätzen des Landes wohnenden Richter. Die Sachlage ist aber nach dem Spruch vom 22. März so klar, daß man in Württemberg ebensowohl ohne weiteres die Folgerungen aus der Entscheidung des Staatsgerichtshofs ziehen könnte, wie dies in Sachsen geschehen ist, wo die Regierung sofort die Auflösung des Landtags und Neuwahlen beschloß, ohne erst die Jussellung der Begründung abzuwarten. In Württemberg ist es umso einfacher, die Folgerung — Neuverteilung der Landtagskreise — zu ziehen, als ja schon kurz nach der Wahl im Landeswahlausschuß durch den Landeswahlleiter festgestellt wurde, welche Veränderungen erfolgen würden, wenn unsere Klage beim Staatsgerichtshof Erfolg haben würde. Nachdem die klagenden Parteien erklärt haben, von einer Ungültigkeitsklärung der ganzen Wahl und einer Neuwahl des Landtags Abstand nehmen zu wollen, besteht vollends kein Grund, die von der Presse aller Parteien als selbstverständlich angenommene Folgerung aus dem Urteil des Staatsgerichtshofs noch weiter zu verzögern. Wir haben unsereits wiederholt erklärt, daß es uns fern liegt, in der Lösung der Frage irgendwelche Schwierigkeiten bereiten zu wollen; aber wir halten es, nachdem von anderer Seite bereits darauf hingewiesen worden ist, nur doch für unsere Pflicht, die Öffentlichkeit und die beteiligten Instanzen darauf aufmerksam zu machen, daß durch die Entscheidung vom 22. März der Tätigkeit des württembergischen Landtags in seiner jetzigen Zusammenlegung tatsächlich der rechtliche Boden entzogen worden ist."

Der Eindruck des Millerien-Memorandums in Berlin.

Berlin, 15. April. An antilicher Stelle wurde auch am Sonntag noch jede weitere Mittellung über den Inhalt des Vorschlages der Allirketen verweigert. Es scheint, als ob Dr. Schacht in seiner Berichterstattung nach Berlin absichtlich recht zurückhaltend ist, auch was seine weitere Taktik anbelangt. Man will jedenfalls nichts darüber, ob die deutsche Delegation es heute auf einen Bruch ankommen lassen wird, oder ob sie verhandeln wird. Die Verhandlungen irgendwie fortzusetzen. Ueber den Inhalt des Vorschlages wird im wesentlichen aus dem Umwege über die Pariser Presse nachgerade soviel bekannt, daß eine kleine Entlastung nur in den nächsten Jahren vorgesehen ist, daß dagegen die deutschen Zahlungen sehr rasch auf einen Betrag von 2,45 Milliarden ansteigen und nach 37 Jahren dann auf 1,7 Milliarden abgeleitet sollen. Das würde also praktisch heißen, daß uns nur 50 Millionen jährlich erslassen werden, dafür aber sollen wir 21 Jahre länger zahlen. Daß das keine Basis für eine Verhandlung ist, darüber besteht bei keiner Partei auch nur der leiseste Zweifel. Die Franzosen sind mit einer Veröffentlichung dieser Vorschläge einverstanden, offenbar weil sie glauben, damit in der Weltmeinung ein gutes Geschick zu machen. Sie werden sich schwer irren, vor allem in Amerika wird man für diese Methode kein Verständnis haben, nachdem auch Owen Young sich von dem Vorschlag ostentativ zurückgezogen hat. Wie die Dinge heute weitergehen sollen, ist im Augenblick noch vollkommen unklar. Mit einem Abbruch wird in Berlin vorläufig nicht gerechnet, weil man noch immer glaubt, daß Owen Young einen letzten Versuch machen wird, die Konferenz vor dem Zusammenbruch zu retten.

Husland.

Des Echo in America.

Reims, 15. April. Angesichts des zehnten authentischer Erklärungen aus Paris über die feilsuchende Endsumme der deutschen Reparationszahlungen kommentieren die Blätter die Vorgänge aus der Pariser Konferenz trotz umfangreicher Berichtserstattung nur sehr kurz. Das „Journal of Commerce“ schreibt bereits jetzt, das Resultat der Pariser Besprechungen sei eine Enttäuschung. Das Reparationsproblem habe praktisch genommen auf derselben Stufe wie bisher und werde sehr wahrscheinlich nie bisher ein ernstes Problem bleiben. Man hätte sich zwar schon vor der Pariser Konferenz über die Hauptfragen untereinander besprochen und sich aus in gewissen Punkten geeinigt, denn sonst wäre man erst gar nicht zusammengekommen, aber die Tatsache trete doch klar zu Tage, daß der Gedanke einer Kommerzialisierung der deutschen Schulden als undurchführbar gelten müsse. Es sei letzter erwiesen worden, daß der optimistische Bericht des Reparations-agenten Pariser Gilbert ein Reinfuß war. Deutschland werde immer im Ausland borgen müssen, wenn es weiter zahlen solle. Aber die Friesaufhebungsbahn in Amerika betreffe

so werde diese wahrscheinlich mehr als bisher die Staatsverhältnisse in Frankreich und England komplizieren.

Die Amerikaner als letzte Rettung! — Paris erhofft einen Vermittlungsvorschlag Owen Youngs.

Paris, 15. April. Ebgleich über die unmögliche Haltung der deutschen Entwerfenden in der Sitzung von Montag vormittag bisher nicht verhandelt, wird man doch mit aller Bestimmtheit mit der Ablehnung der von den Allirten gemachten Vorschläge rechnen können. Vier Möglichkeiten bleiben alsdann: 1. Der schmachvolle Abbruch der Verhandlungen, mit dem für Montag wohl niemand rechnet. 2. Die Vorlage deutscher Gegenanträge. 3. Neue Beratungen der Allirten. 4. Ein amerikanischer Vermittlungsvorschlag. Erpäand sei noch die Möglichkeit einer kürzeren oder längeren Vertagung erwidert. Ein Eingreifen Amerikas scheint ausser das wahrscheinlichste Ergebnis, insbesondere, wenn man sich daran erinnert, daß kurz vor der Oberhaus zwei Denkschriften überreicht wurden, eine allirte und eine amerikanische des Vorsitzenden Owen Youngs, die aber bisher nicht veröffentlicht wurde. Aus gewissen Andeutungen, die hier und da aufstachen, kann man schließen, daß die amerikanische Denkschrift dem deutschen Standpunkt wesentlich gerechter wird als die allirte.

Aus Stadt und Bezirk.

Neuenbürg, 15. April. Der ärztliche Dienst im Bezirkskrankenhaus hat mit der Neubefetzung der beiden erledigten Assistenzarztstellen eine Verbesserung erfahren, die sicherlich mit Befriedigung aufgenommen werden wird. In Folge des neuerlichen Mangels an jungen Ärzten wurde eine der Stellen gehoben und mit einem Oberarzt besetzt in der Person des Herrn Dr. med. Dischausen aus Hamburg. Seine praktische Ausbildung erhielt dieser in fünfjähriger Tätigkeit als Assistent und Oberarzt im Sanatorium in Schöenberg und zuletzt in 2½-jähriger Tätigkeit in der medizinischen Universitätsklinik in Frankfurt a. M. Er ist hochgradig für innere Krankheiten und Lungenerkrankungen und kann als solcher wertvolle Dienste im Krankenhaus leisten. Seine Familienwohnung erhält Dr. Dischausen im Ruchschen Hause. Weiterhin wird als Assistenzarzt Herr Dr. med. Mohr aus Bremen angestellt, dem ebenfalls eine gute Beurteilung zur Seite steht.

—4— **Neuenbürg**, 15. April (Grüßholzorgelzeit des Musikvereins). Jüngst mußte zu Karlsruhe bei dem Weintorlonzett Raymond-Warthen die Zubereitlichkeit aus dem großen Festballe-Saal in den kleinen umgeben — aus Mangel an Wölbung. Eine solche Ummänderung war gestern in anderer Festhalle weder möglich noch notwendig. Der Saal war dicht besetzt, was sehr viel beizutragen will bei der angenehmen Kammermusikabstimmung eines Sonntags. Als ausfallgebend lassen sich zwei wichtige Tatsachen feststellen, zum ersten: Es wird im Musikverein unter der Firma Lindemann-Derzog mit Energie, Kunstverständnis und warmherziger Musikfreudigkeit weitergearbeitet; zum andern: Es zeigte sich, daß der Verein in seiner künstlerischen Arbeit reize ergebende Gemeinde besitzt. Die Vortragsfolge enthielt sehr gut Uebersicht, originell instrumentierte Musik, die in ihrer wirkungsvollen Thematik keine Rätsel aufgab und sich daher ausgezeichnet für ein ruhiges Volkstonoriel eignete. Auf das kleine, vortrefflich besetzte Streichorchester folgte die wichtige Hornmusik, wie in auch der Feldherr zum günstigen Anfang des Festes schweres Geschütz aufzuführen läßt. Schon die Orchesterpartien des ersten Teils standen unter dem fleißigen Führen eines ansehnlichen Dirigentenwillens. Der männlich-hermische Auffassung des Kapellmeisters A. Derzog entsprach der sorgfältig abschattierte Vortrag der mit voller Dignität sich einsetzenden Spieler. Der Solist des Abends, Gello-Musikale Otto Benda, Stuttgart, unterstützt durch ein hochwertiges Instrument, erfreute durch tadellos laubere Applikatur, edlen, klargestimmten Ton und ruhige, poetische Vortragart. Das H-moll-Konzertstück von Wolfermann, bei guten Geistes und viel beliebt, darf als glanzvolle Leistung gelten. Ein Gleiches gilt von dem Serenadentrio, das in allseitiger Hinsicht einen Höhepunkt bildete. Mit hohem Genuß lauschte man der von gewissenhafter Sorgfalt getragenen Darbietung des Trios, das in gepflegter Technik und wohlgeordnetem Vortrag hochstehende Kultur bezeugte. In Anbetracht d. Stengels-Neuenbürg besitzt das Streichorchester eine Pianistin von hohem Grad: sie gab dem ganzen ersten Teil die gediegene Grundlage und verleiht es, die ständige Zielvorgabe von Klavier und Streichern durch sorgfältig abgeordnete Verteilung von Licht und Schatten und durch feinklingendes Zusammenwirken auszubilden. Ihre Technik ist weit vorgezeichnet und legt Wert auf kläglich gestirnte, formal deutlich gegliederte Wiedergabe. Bei solchen gemeinsamen Leistungen war es nicht zu verwundern, daß der Befehl von Kummer in Kummer härter einsetzte und Jüngste auf Jüngste die dankende Anerkennung gestiftete. Der zweite Teil brachte die Darbietungen der reich besetzten Harmonikellappe. Gleich das erste Stück, der sehr beizutragende H-moll-Marsch von A. Dervon, der Dervonkompetenz und H-moll-Marsch in die Front stellt, war ein „durchschlagender“ Trieff, der wiederholt werden mußte. Wichtige Störungen boten die Couberture zur Ober-„Demophon“ von Volodine als Wertvollste der Bürgerchor und das wunderliche Melan den Abendstern aus „Landskäufer“ von Richard Wagner. Von Johann Strauss ist man gewohnt, nur lebendigen Vollerenden, Bräutchen zu hören; in seinem Wolfermann-„Blut“ entledigt sich die Kapelle prächtig dieser Aufgabe. Die Welt-Beitfallsanfall und Schallengelände kündigte sich „Die Welt an, deren eindrucksvolle Soli dem H-moll-Hornbläser gar wohl gelangen. Schluß und Höhepunkt des zweiten Teils bildete das große vaterländische Vortragsstück „O Deutschland hoch in Ehren

 Kreisarchiv Calw

liche Zeitlegung des Achtstundentages! Um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen, rufen auch die unterzeichneten Arbeitgeberverbände auf zur Arbeiterrunde am 1. Mai. In allen Betrieben der Industrie und des Handels wird die Arbeit völlig eingestellt. Für die lebenswichtigen und Verkehrsbetriebe treffen die beteiligten Organisationen Vereinbarungen, um eine Verringerung der Arbeitsleistung dieser Betriebe in möglichst großer Zahl an den gewerkschaftlichen Versammlungen zu ermöglichen.

Das Memorandum in Berlin.

Berlin, 15. April. Das am Samstag der deutschen Delegation überreichte Memorandum der alliierten Sachverständigen ist unterdessen nach Berlin übermittelt worden und unterliegt zurzeit der Bearbeitung durch die zuständigen Stellen. Seine Publikation wird aber vorläufig auf Grund in Paris getroffener Vereinbarungen noch unterbleiben. Es kann jedoch kaum mehr bezweifelt werden, daß die in der französischen Presse genannten Zahlen zum mindesten den richtigen sehr nahe kommen. Nur vertritt man in Berlin im Gegensatz zu den Auslassungen der französischen Blätter die Auffassung, daß es sich bei dem Memorandum nicht um einen Minimalvorschlag handle, in anderen Worten nicht um ein Ultimatum an die deutschen Sachverständigen. Um einen endgültigen Vorschlag, der nur als Ganzes anzunehmen oder abzulehnen wäre, könne es sich, meint man hier, schon um deswillen nicht handeln, da doch wohl keiner der in Paris versammelten Sachverständigen annehmen kann, daß Deutschland sich bereit zeige, gegen eine Verärgerung der Deutschenmission um durchschnittlich 500 Millionen eine Reihe derartig wichtiger und schwerwiegender Konzessionen zu gewähren, wie sie eine Zahlungsfristverlängerung um 21 Jahre, die Befreiung des Transportschiffes und die Kommerzialisierung darstellen.

Einigung in Mecklenburg-Strelitz.

Berlin, 15. April. Die Bemühungen des nach Mecklenburg entsandten Reichsbeauftragten Dr. Dantschke haben heute zu dem Ergebnis geführt, daß sich die sozialdemokratische Partei, die demokratische Partei, die Deutsche Volkspartei, der Deutsche Bauernbund, die Volksrechtspartei und die Partei für Handwerk und Gewerbe zu einer Koalition zusammengefunden haben, die mit Ausnahme der Deutschnationalen, der Volksrechtspartei und der Kommunisten sämtliche Parteien des Landtags umfaßt. Die sozialdemokratische Fraktion wird den Staatsminister stellen, die übrigen, unter der Führung der Volksrechtspartei und der Demokraten zusammengefaßten Parteien werden dem Minister zwei parlamentarische Ministerialdirektoren beibringen.

Der Strafantrag im Weidenflether Prozeß.

Speyer, 15. April. Im Weidenflether Bauernprozeß beantragte heute abend der Staatsanwalt gegen Koch eine Gesamtstrafe von einem Jahr und einem Monat Gefängnis, gegen Köhl 9 Monate, gegen Döller 8 Monate Gefängnis und zwar, weil sie als Rädelsführer gelten. Wegen Dantschke wird eine Gesamtstrafe von 10 Monaten, gegen Döller eine solche von 6 Monaten 3 Wochen, gegen Krause von 6 Wochen Gefängnis beantragt. Erhöhte Strafen werden für Becke (8 Monate), Schade (8 Monate), Sievers (7 Monate) beantragt, weil sie an der Verurteilung im Kaffeehaus Mord teilgenommen haben. Gegen Weidert lautet der Antrag auf 6 Monate 3 Wochen Gefängnis, weil er Koch 3 Forten geliehen hat. Gegen alle übrigen Angeklagten werden je 6 Monate Gefängnis beantragt.

Keine Haftentlassung des Grafen Christian zu Stolberg.

Hirschberg, 15. April. Der Haftbefehl des Verteidigers des wegen Mordverdacht in Untersuchungshaft befindlichen Grafen Christian Friedrich zu Stolberg-Berningerode ist von der Beschlußkammer des Hirschberger Landgerichts abgelehnt worden.

Der verhaftete Graf bleibt also weiterhin in Haft. Die Ablehnung der Haftbeschwerde des Verteidigers wird von der Beschlußkammer damit begründet, daß auch weiterhin Fluchtgefahr besteht.

Krise der Reparationskonferenz.

Paris, 15. April. Wäre die Veröffentlichung des Gläubigermemorandums heute mittag beschlossen und die Frage der Publikation aller bisher entworfenen Lösungsvorschläge angefallen worden, so hätte aus dieser Tatsache auf den Abbruch der Sachverständigenkonferenz schließen lassen. Diese Erklärung eines deutschen Delegierten heißt die Situation, wie sie sich aus der Samstagssitzung ergab, vollkommen auf. Am Samstag bezeichneten die alliierten Gläubiger in Uebereinstimmung mit der französischen Presse ihr Memorandum nicht allein als ein endgültiges, für die Weiterentwicklung der Konferenz ausschlaggebendes Schriftstück, sondern sie betonten auch, daß es sich um Mindestforderungen handle, an denen nicht mehr zu rütteln wäre. Die deutschen Sachverständigen sprachen am Samstag — das erfahren wir erst heute — die Uebereinstimmung aus, daß die in der Gläubigerforderung enthaltene Forderung von 1800 bis 2000 Millionen Goldmark unannehmbar für Deutschland sei. Daraus resultierte der französische Hauptdelegierte Moreau den Antrag, das Gläubigermemorandum zu publizieren. Dr. Schmidt widersprach diesem Antrag nicht, vielmehr gab er der Ansicht Ausdruck, daß in diesem Falle auch die Veröffentlichung aller anderen Dokumente, die in den Kommissionen behandelt würden, beschlossen werden soll. „Man bereite also die Auflösung der Konferenz vor“, sagte wie ein Sachverständiger. Die Stimmung war hoffnungslos. Wahrscheinlich wäre es auch zu einer Veröffentlichung am Samstag gekommen, wenn nicht der japanische Sachverständige Protell gegen den französischen Antrag erhoben hätte. Er wies darauf hin, daß es sich hier um ein Memorandum handle, das als ein letzter Beitrag zur Lösung der Reparationsfrage anzusehen sei. Die Konferenz lege sich aus unabhängigen Sachverständigen zusammen, deren Aufgabe es sei, die Möglichkeit einer Regelung der Reparationsprobleme zu untersuchen. Sachverständige, die sich in wechselseitiger Abhängigkeit von einander befänden, also einen Block bilden würden mit der Absicht, den anderen Gruppen ihren Willen aufzuzwingen, brächten die Konferenz in Gefahr. Daraus wurde die Frage der Veröffentlichung in der Schwebe gelassen, doch aus der Diskussion geht klar hervor, daß sich am Konferenztag 2 Gruppen, die Japaner und die Amerikaner befinden, die mit dem ultimativen Vorgehen der alliierten Gläubiger ganz und gar nicht einverstanden waren. Für die französische Gruppe schien also der psychologische Augenblick eines Abbruchs nicht gekommen. Wie sollte man die Schuld auf die deutsche Seite schieben, wenn zwei Delegierte, Japan und Amerika, das Vorgehen der alliierten Gläubiger nicht billigten, sondern verurteilten? Aber am Sonntag, der diesmal sehr eifrig zur engeren Fühlungnahme ausgenutzt wurde, erfuhr man bei der deutschen Delegation, daß sich die französische Gruppe auf dem Rückzug befände. Eine Besprechung Moreaus mit den Sachverständigen Japans und der Vereinigten Staaten verließ für die Franzosen nachteilig. Außerdem betont die geschlossene öffentliche Meinung in Deutschland, daß man es nicht etwa, wie die Pariser Presse behauptet, mit einem „Bluff“ zu tun habe, sondern mit einer breiten Kundgebung aller Parteien gegen die maßlose Forderung der Alliierten und für die Position der deutschen Sachverständigen, die in Paris nur auf der Grundlage der deutschen Leistungsfähigkeit verhandeln. In gewissen politischen Kreisen, die Herrn Poincaré nahe stehen, war man über die solidarische Ablehnung des Gläubigermemorandums durch die gesamte deutsche Presse nicht wenig erstaunt. Man rechnete mit Schwan-

gen und mit einem Schwächeanfall in kritisch-entscheidenden Stunden. Diese Erwartung erfüllte sich nicht. Es blieb nach dem Vorgehen der französischen Gruppe übrig, als ein taktische Schwächung vorzunehmen. Bereits am Sonntag kamen aus dem französischen Lager Stimmen zu uns herüber, die die Veranlassung zu spenden suchten. Am Montag, in der über Sein oder Nichtsein der Konferenz entscheidenden Sitzung gab Herr Moreau sofort die Erklärung ab, daß er sich weder um ein Ultimatum, noch um eine endgültige Entscheidung der Gläubiger handle. „Unter Memorandum ist ein nützlicher und, wie ich glaube, wertvoller Beitrag zur Lösung der Fragen, die uns viel beschäftigen“, sagte er. „Denn er anders gesprochen, so würde dies für die deutschen Sachverständigen die Verurteilung der Konferenz bedeuten. Die heutige Vollversammlung übertrug also die von den 4 Missionen hervorgerufene und unter dem Druck Japans, Amerikas und der öffentlichen Meinung Deutschlands schmerzhaft bedrückte Schwierigkeit, die Verhandlungen fortzusetzen. Tatsächlich bedeutet die Verurteilung der Konferenz bedeutet, daß die deutsche Sachverständigen ihre Forderungen zu dem „wertvollen Beitrag der 4 Gläubiger“ in die Diskussion werfen können. Dies wird in schriftlicher Form geschehen. In diesen Mitteilungen wird die Zusammenfassung der in dem Memorandum enthaltenen Zahlen unterläßt werden.“

In der deutschen Sachverständigenkonferenz herrscht der Eindruck vor, daß die Zahlen einen gewissen Spielraum für weitere Besprechungen gelassen. Ob dies so ist, wird sich in den nächsten Vollversammlungen erkennen lassen. Fest steht, daß der wertvolle Beitrag der 4 Gläubiger der Reparationskonferenz noch andere Beiträge und zwar von japanischer, amerikanischer und wahrscheinlich auch von deutscher Seite folgen werden. Der Wille, zu einem Ergebnis zu gelangen, ist noch vorhanden, wenngleich man die Ueberbrückung der Differenz sehr schwierig beurteilt. Von Owen Young, der mit Washington in reger Fühlung steht, erwartet man noch denn je ein stärkeres Hervortreten, das über das Schicksal dieser Verhandlungen und durch Krisen schwer mitgenommenen Staaten, entscheiden könnte.

Die Vereinigten Staaten und die Reparationsfrage.

Washington, 15. April. Im Staatsdepartement wurde heute erklärt, eine Veränderung der bekannten Politik der Vereinigten Staaten in der Reparationsfrage sei nicht beschleunigt, insbesondere werde noch wie vor darauf insistiert, daß Reparationen und Kriegsschulden zwei getrennte Fragen seien. In weiter hierzu verknüpft, wird eine Verabredung der amerikanischen Forderungen für die Befreiungskosten als nicht mehr dar beizubringen.

Birkenfeld.
Verstellungen auf schöne
gelbe
Industrie-
Kartoffeln,
den Zentner zu 7 Mk., frei
vors Haus geliefert, nimmt
entgegen
David Hach.

4/16 Opel-
Limousine,
Baujahr 26, wenig gebraucht,
wegen Anschaffung eines
stärkeren Wagens billig
verkauft.
Geht. Angebote unter 3.20
an die „Engländer“-Geschäfts-
stelle.

Unsere Jahres-Rechnungen

für 1926, 1927 und 1928
liegen eine Woche lang, vom 16. bis 22. April 1929
je einschließlich, auf unserem Büro auf Station Leinach
zur Einsicht auf.
Station Leinach, den 12. April 1929.
**Gemeindeverband-Elektrizitätswerk
Leinach-Station (G.E.L.).**
Herrenalb.
Am Sonntag den 21. April, mittags 2 Uhr, hält der
Bezirksbienenzuchtverein im „Kühlen Brun-
nen“ seine
Frühjahrs-Versammlung
verbunden mit Lichtbilder-Vortrag ab, wozu Freunde und
Gönner der Bienenzucht freundlich eingeladen sind.
Der Ausschuss.

HOTEL PROSPEKTE

PROSPEKTE
FÜR
PENSIONEN

lietert
in sauberer Ausführung und
neuezeitlicher Ausgestaltung

C. Maeh'sche Buchdruckerei,
Inh. D. Strom, Neuenbürg, Telefon 4.
Verlangen Sie kostenlose Vorschläge.

Neuenbürg, den 15. April 1929.
Danklagung.
Für die zahlreichen Beweise der Liebe und
Teilnahme, die wir während der Krankheit und
beim Heimgang unseres lieben Entschlafenen
Karl Haist, Senfenschmied,
erfahren durften, für die Trauerweisen der Kapelle
der Freiwilligen Feuerwehr, für die Kranz-
widmung seitens der Arbeiterschaft der Firma
Hauelsen & Sohn, sowie allen denen, die ihn
zu seiner letzten Ruhestätte begleitet haben,
sprechen wir unseren innigsten Dank aus.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Neuenbürg, den 16. April 1929.
Danklagung.
Wir danken auf diesem Wege für die auf-
richtige Teilnahme, die wir beim Heimgang meines
lieben Mannes, unseres guten Vaters
Wilhelm Baumann
erfahren durften. Besonders danken wir der
Krankenschwester für die liebevolle Pflege, dem
Musik-Verein, den Schulkameraden und Arbeits-
kollegen für die vielen Kranzspenden und allen,
die ihn während seiner langen Krankheit be-
suchten und erquickten und ihn zu seiner letzten
Ruhestätte begleiteten.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Neuenbürg.
Ein schönes helles
Zimmer
ab 1. Mai in sonniger Lage
zu vermieten.
Zu erfragen in der Engländer-
Geschäftsstelle.

Schwanau.
Ordentliches, fleißiges
Mädchen
für alle Haus-Arbeiten auf
1. Mai gesucht.
Zu erfragen in der „Eng-
länder“-Geschäftsstelle.

Oberamtsstadt Neuenbürg.
Die Trauerbegleitungen werden
erlaubt, bei
Leichen-
Begängnissen
auf den neuen Friedhof schon
vom Hofhof zum „Schiff“,
unter allen Umständen aber
vom Eisenbahnübergang ab
den Gehweg in Reihen von
zwei und zwei zu benutzen.
Dies ist notwendig, um so-
wohl Störungen des Leichen-
zugs als auch des Verkehrs
zu vermeiden.
Stadtschultheiß Knodel.
Neuenbürg.
Heute und morgen

Schlachtpartie,
wogu einladet
Frau Reiß & „Döfner“.

Birkenfeld.
Brut-Gier
(gelbe Italiener) verkauft.
Frei Schachtel,
Bahnhofstraße.
Birkenfeld.
Ein jüngerer
Knecht,
der auch mit Pferden umgehen
kann, wird sofort angestell-
men bei
Wilf. Fig. & Löwen.

Ziehung 25. April
Stuttgarter
Geldlotterie
3350 Geldgewinne u. 1. Preis 100.000 Mk.
8000
Aut 10 Lose mindestens
1 Gewinn garantiert
Lose zu 1.4, 12 St. 12.4, Porto u. Liste 30 Pf.
In allen Verkaufsstellen und
J. SCHWEICKERT, Stuttgart
Marktplatz 9, Königsplatz 1
Postfach 2000, 2005, Telefon 24090